

An Herrn Bürgermeister
Jonas Merzbacher

Karmelitenstraße 11

96163 Gundelsheim

Gundelsheim, 10.06.2020

Antrag: Parkraumkonzept der Gemeinde Gundelsheim - Fortschreibung und Erweiterung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nachdem der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 23. Januar 2019 sich mit der Vorstellung eines ersten Parkraumkonzeptes beschäftigt hatte, gilt es nun dieses in einigen Punkten fortzuschreiben und zu ergänzen.

Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

Die Verwaltung der Gemeinde Gundelsheim wird beauftragt das - im Anhang beigefügte - Parkraumkonzept auf seine Umsetzbarkeit zu überprüfen. Dabei sollen insbesondere die Bereiche Kosten/Nutzen, Umsetzungsschnelligkeit und Gestaltungsmöglichkeiten (bspw. Grundstücke im Besitz der Gemeinde) für die jeweiligen Punkte abgewogen werden.

Sobald eine Einschätzung von Seiten der Verwaltung vorliegt, wird das Parkraumkonzept in einer weiteren Gemeinderatssitzung mit evtl. neuer Beschlussvorlage, wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Begründung:

Das Thema Parken stellt für die Gemeinde Gundelsheim, insbesondere bei Feuerwehrfahrten (aktuelles Beispiel Gartenstraße), dem Zuparken von Einfahrten oder von Rettungszufahrten bei Veranstaltungen (s. Hinweise Mitteilungsblatt) sowie einem allgemein hohen PkW-Aufkommen in den Straßen, eine Belastung dar. Wortmeldungen aus dem Kreis des Gemeinderats (bspw. Sitzung 11.09.2019 die Parksituation sei "chaotisch") belegen dies. Die vorgestellten Punkte aus der Gemeinderatssitzung vom 23.01.2019 dienen als Grundlage für eine Fortschreibung und Erweiterung des angefügten Parkraumkonzepts. Dies wurde in eckigen Klammern gekennzeichnet.

Schöne Grüße,

Stefan Wolf

Anlage:



Parkraumkonzept für ganz Gundelsheim

Ein echtes Konzept – innovativ und dem Interesse aller verpflichtet.

**Freie
Demokraten**

Ortsverband
Gundelsheim **FDP**

Ausgangslage:

Gundelsheim ist eine Pendlergemeinde. Viele Bürger besitzen ein Auto, einige Haushalte auch mehrere. Zusätzlich wurden in einigen Häusern mehrere Wohnungen geschaffen und viele Haushalte besitzen inzwischen mehr als einen Familienwagen. Jedoch wurden nicht im gleichen Umfang dafür die notwendigen Parkflächen aufgebaut. Fast in jeder Ausgabe des Mitteilungsblattes steht das Thema Parken als "mahrender Appell", jedoch halten sich viele nicht daran oder anderenorts kann das Problem nur durch Parken auf leerstehenden Grundstücken und Flächen (z.B. Fischerstraße, Karmelitenstraße) halbwegs gelöst werden.

Des Weiteren steht die Gemeinde Gundelsheim nicht nur verkehrstechnisch vor einer Herausforderung. So hat beispielsweise die VR Bank ihre Filiale, Apotheke und Kfz-Werkstatt den Betrieb geschlossen. Die Sparkasse hat ebenso wie die Metzgerei Espig bereits Geschäftszeit-Kürzungen bekannt gegeben. Die Geschäfte kämpfen mit der Konkurrenz rund um Bamberg oder auch mit dem Internet. Obwohl Gundelsheim eine Wohngemeinde ist, sollte die Gemeinde helfen, gewerbliche Infrastruktur zu erhalten. Zudem stehen neue Aufgaben (bspw. Parkraum für HS7) in puncto Parkraum an. Dafür stellt Mobilität und gute Erreichbarkeit der Geschäfte einen wesentlichen Faktor dar.

Deshalb braucht Gundelsheim ein echtes Parkraumkonzept.

Ziele:

- Überarbeitung der Stellplatzsatzung
- Identifizieren von Parkraumproblemen und -lücken
- Erhöhung der Verkehrssicherheit (Reduzierung Gehwegparken)
- Schaffung von öffentlichem Parkraum
- Reduzierung der PkW-Anzahl (wo sinnvoll)

Folgendes Maßnahmenpaket wird vorgeschlagen:

Ist-und-Soll-Stand überprüfen.

Überarbeitung der Stellplatzsatzung: Diese schreibt vor, dass pro 50qm Wohnfläche ein Stellplatz nachzuweisen ist. Allerdings werden Wohnungen häufig ohne Parkraum vermietet und zudem besitzen pro 50qm mehr Menschen ein Auto bzw. einen Zweitwagen. Gleichzeitig werden in einigen Häusern manche Wohnungen an mehr Parteien (statt Einfamilienhaus) oder mit mehr PkW-Aufkommen (bspw. jede Generation) als früher.

- Überprüfung, ob alle Beteiligten sich an die bereits existierende Stellplatzsatzung halten (je Wohnung mind. 1 Stellplatz - bspw. auch für Ferienwohnungen oder Zimmer unter 50qm). Dies kann durch Fragebogenverfahren, Einwohnermeldeamt-Statistik (Hausstände pro Haus) und sichtbaren Parkplätzen (Luftbildaufnahmen) geschehen. [Fortschreibung und Ergänzung]
- Überprüfung, ob die Stellplatzsatzung aus dem Jahre 2001 noch zeitgemäß ist (bspw. anhand von neueren Statistiken PkW pro Haushalt oder im Vergleich zu anderen Gemeinden). [Ergänzung]
- Befragung der Bürgerschaft, an welchen Stellen besonders Parkraumnot und Parkraumoptionen (z.B. Erweiterung von Parkflächen auf Grundstücken) bestehen. Ebenso kann z.B. in einem Fragebogenverfahren der Punkt "Ungenutzter Parkraum" (z.B. weil man auf ein Auto verzichtet) die Erhebung sinnvoll ergänzen. [Ergänzung]
- nach Prüfung der genannten Punkte, evtl. Anhebung der Stellplatzaufgaben [Ergänzung]

Innovative Lösungen für mehr Parkraum und weniger Autos.

Gerade ältere Menschen tun sich mit dem Autofahren schwer, sind aber auf Mobilität angewiesen, denn sie brauchen eine regelmäßige ärztliche Betreuung und schätzen den persönlichen Kontakt, z.B. in der Bankfiliale. Durch den Ausbau von öffentlichem Nahverkehr, aber auch Mitfahrgelegenheiten und Nachbarschaftshilfe (z.B. mittels Fahrgemeinschaften zum Einkaufen) könnten PkWs entfallen. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass ein berufstätiger Pendler seinen PkW aufgibt - aber Gelegenheiten etabliert seinen PkW mehrfach zu nutzen. Das Ziel Autos von der Straße zu nehmen ist nicht nur klimapolitisch sinnvoll, es wäre auch eine Entlastung des Parkraums.

- Einrichtung einer Dorf-App für bessere Vernetzung zwischen den Bürgern und schnellerer Nachbarschaftshilfe (für obigen Fall; die facebook-Gruppe zeigt, das kann nützen). [Ergänzung]
- Innerhalb der Dorf-App könnten Fahrzeiten des Busses angezeigt und flexiblere Angebote für Mobilität entwickelt werden. Die Nutzung von Ruf-Taxis (insbesondere in Abendstunden) ist hervorragend, aber trotzdem unattraktiv in ihren Fahrzeiten (Bsp. Abfahrtszeiten Fr 20:10, 22:10, 0:10). Daher gilt es die Attraktivität öffentlicher und alternativer Verkehrsmittel (Radwegenetz, Bus-Bahn-Vernetzung, usw.) zu steigern oder in das neue Mobilitätskonzept des Landkreises einfließen zu lassen. [Ergänzung]
- Ebenso könnte die Dorf-App über Sensoren am Boden (angelehnt an Parkraumüberwachung in Erlangen) öffentliche Parkraumlücken anzeigen oder, wo wirklich erforderlich, auch Parkraumüberwachung durchsetzbar machen. [Ergänzung; Parkraumüberwachung Fortschreibung]
- Für ältere Bürger ohne digitale Möglichkeiten können feste Zeiten für Mitfahrgelegenheiten in andere Richtungen vereinbart werden, insbesondere Richtung Memmelsdorf (VR Bank, Arzt, Einkaufen). Zudem besitzt die Gemeinde die Möglichkeit einen Bürgerbus zu etablieren. Auch hierzu fördert der Landkreis die Gemeinden mit bis zu 12.000€. [Ergänzung]

Unsere Dorf-App soll die Mobilität in Gundelsheim voranbringen, aber ihr Nutzen könnte noch größer sein. So könnten Verwaltungsangebote digitalisiert, Ehrenamt gestärkt, Vereinstermine gebündelt und die Vermarktung regionaler Produkte gesteigert werden. Eben eine App für Bürger!



Bildquelle: Friedrich-Naumann-Stiftung

Schaffung von Parkraum und Steigerung der Verkehrssicherheit.

Jeder will am besten vor der Tür parken, daher ist Parken auch ein Attraktivitätskennzeichen. Das ist für Geschäfte und für die Etablierung der neuen Gastwirtschaft - für die Attraktivität von Auswärts - existentiell. Gleichzeitig lesen wir stets im Mitteilungsblatt von exzessivem Gehsteigparken, Behinderung von Rettungswegen und Zuparken wichtiger Verkehrsachsen. Parkverbote verhindern zwar das Zuparken von Einfahrten, aber es führt natürlich zu anderen Problemen: Ausweichdruck auf andere Straßen, Unattraktivität der örtlichen Geschäfte und höheres Tempo auf der Straße. Das höhere Tempo auf der Straße ist ganz logisch, denn parkende Autos auf der Straße führen zu zwei Effekten: zum einen wirkt die

Straße dadurch verengt, das führt automatisch zu geringeren Geschwindigkeiten. Zum zweiten behindert der Gegenverkehr die eine Fahrbahn. Autos blockieren diese auf ihrer Fahrt und zwingen den Autofahrer ebenfalls langsamer zu fahren. Wieso die einen Probleme lösen und andere verursachen, wenn doch beides gelöst werden kann?

- Optische Verengung von Straßen zur Geschwindigkeitssenkung: Wer effektiv Tempo drosseln will, der zeichnet 10 cm vor der Straßenkante eine weiße Linie und schon wirkt die Fahrbahn optisch enger und die Geschwindigkeit wird gedrosselt - das zeigen verkehrspsychologische Untersuchungen und kosten so gut wie nichts. [Ergänzung]
- Einrichtung von Verkehrsinseln, insbesondere an Ortsausfahrten, zur Verkehrsverlangsamung. Die Einrichtung an der Ausfahrt Richtung Lichteneiche wird begrüßt, eine letzte Richtung Hallstadt soll geprüft werden. [Ergänzung und Fortschreibung]
- Schaffung von klar eingezeichneten Parkbuchten. Die wenigen ausgewählten, eingezeichneten Parkbuchten führen nicht nur zu einer weiteren (optischen) Verengung, sondern würden die Erreichbarkeit von Geschäften stärken. Die Längsmarkierungen bspw. an der Haupt- und Hallstadter Straße waren bereits Teil des Konzepts vom 23.01.19. Zudem könnten Einzeichnungen an weiteren Straßen helfen, das Gehsteigparken (Verbot siehe StVO) entweder in klar abgegrenzten Rahmen zuzulassen oder dieses zu unterbinden. Weiß der Autofahrer, wie er sich auf eine Fläche zu stellen hat, hält er sich eher daran als ohne Markierungen. [Fortschreibung und Ergänzung]
- Abbau von Beschilderungen und Halteverböten (wo möglich), wie bereits in der Konzeption 2019 ersichtlich. Durch das Einzeichnen von Parkbuchten und Parkverbötsmarkierungen ("Zick-Zack-Markierungen") können Halte- und Verbötszonen ersichtlich gemacht werden. Zusätzlich könnte eine Parkzeitbegrenzung (s. Konzeption 2019; bspw. an der Haupt- oder Hallstadter Straße) ein Kompromiss zwischen absolutem und keinem Parkverbot darstellen. [Fortschreibung und Ergänzung]
- Ausbau von öffentlichem Parkraum an bislang ungenutzten Stellen: Einfahrt Zur Flostn, Grundstück Mittelstraße/Wehrstraße bis Untere Bachstraße, Bachstraße 12 (am Neubau Bibliothek), HS7/9, Grundstück Bachstraße neben der ehemaligen Bücherei/Kindergarten, am Festplatz, an der Schule/Musikheim, am Waldbeginn/Königsweg, an "Ausfranzungen" von Grundstücken (bspw. Ecke Friedhofstraße/Meixnerstraße oder weitere Ecke Hauptstraße/Industriestraße) sowie an Ortsenden (Am Fürstenweg, Zur Steinleite, etc).

Hiermit wird explizit darauf hingewiesen, dass keine Kenntnis darüber vorliegt, ob die Flächen im Besitz der öffentlichen Hand sind. Sollte dies nicht so sein, so wären Absprachen, wie sie in der Karmelitenstraße erfolgreich durchgeführt werden, eine Alternative. Außerdem stellen die genannten Flächen lediglich Ideen dar. Sollte - nach Überprüfung s.o. - an bestimmten Stellen kein Bedarf bestehen (oder an anderen), soll von einer zusätzlichen Versiegelung abgesehen werden (gemäß dem liberalen Grundsatz: nur so viel wie nötig). [Fortschreibung und Ergänzung]